



## „Mehr ausländische Pflegerinnen als Huren“

**Prof. Bernd Marin, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Wien, sorgt seit Jahren mit provokanten Aussagen über die Bevölkerungsentwicklungen und die Pflegethematik für Diskussionen. Im fiesta-Interview fordert er nicht nur mehr Freiwilligendienste sondern auch die Legalisierung der ausländischen Pflegekräfte und spricht über österreichische Lösungen und zu viele Altersheime.**

Herr Prof. Marin, zur Zeit wird das Thema „Pflege“ intensiv diskutiert. Sie setzen sich am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung ständig mit diesen Problemen auseinander. Wie akut ist die Lage Ihrer Ansicht nach?

Prof. Bernd Marin: Lassen Sie mich auf Ihr Titelthema Bezug nehmen, ob Pflege in Zukunft ein Luxus wird. Ich denke, es ist

leider bereits heute ein Luxus, in Würde alt zu werden und zu sterben. Das Leben der meisten Menschen endet in einem Hospiz, Pflegeheim oder Krankenhaus. Dabei zeigen Untersuchungen, dass 85 Prozent der Österreicher zu Hause sterben wollen. Das heißt, der Lebensabend endet schon heute nicht mehr so, wie wir es wünschen. Das muss verbessert bzw. geändert werden. Das „Dritte Lebensalter“ ist inzwischen schon Jahrzehnte lang geworden und eine wichtige Zeit.

### Hochbetagt bedeutet nicht Krankheit und Siechtum

Zur Frage der Pflegesituation: Demografischen Daten zeigen, dass bald mehr als drei Millionen Österreicher über 60 Jahre alt sein werden im Gegensatz zu derzeit etwa 1,8 Millionen. Die Zahl der über 80-Jährigen wird sich vervierfachen. Ich glaube nicht, dass man eine vereinfachende Hochrechnung auf entsprechenden Zuwachs an Pflegebedarf machen darf. Gerade in Tirol sehe ich aber, dass Altenheime aufgrund solcher Annahmen gebaut werden. Ich denke, hier gibt es grobe Denkfehler: Der Gesundheitszu-

stand der älteren Generation wird sich weiter ständig verbessern. Die heute 30- bis 60-jährigen sind weitaus gesundheitsbewusster. Das bedeutet in der Folge, dass hochbetagt sein nicht Krankheit und Siechtum bedeutet. Dennoch prophezeien manche „Gesundheitsökonom“ eine hohe Siechtumsrate. Dabei sind von den über 75-jährigen nur drei bis fünf Prozent akut pflegebedürftig. Ich denke, man muss sehr vorsichtig sein mit Schätzungen, die Pflegebedürftigkeit wird sich sicher nicht explosionsartig entwickeln. Wenn man bedenkt, dass jedes Pflegebett über 75.000 Euro kostet, sollte man Neubeschaffung genauer an den tatsächlichen Bedarf angleichen.

**Wir sprechen stets von der Altenpflege. Daneben gibt es doch auch die Pflege von Behinderten und die Anzahl der jüngeren Menschen, die gepflegt werden müssen, steigt durch die Zunahme der Unfälle.**

Natürlich gibt es noch einen anderen Pflegebedarf. Hier sehe ich das Hauptproblem aber vielmehr in der vollen Integration. In Südtirol sind beispielsweise so gut wie alle Menschen mit Behinderungen - und zwar in allen Altersklassen - in den Arbeitsprozess eingebunden. Bei uns in

Nordtirol und Österreich insgesamt findet man das sehr wenig.

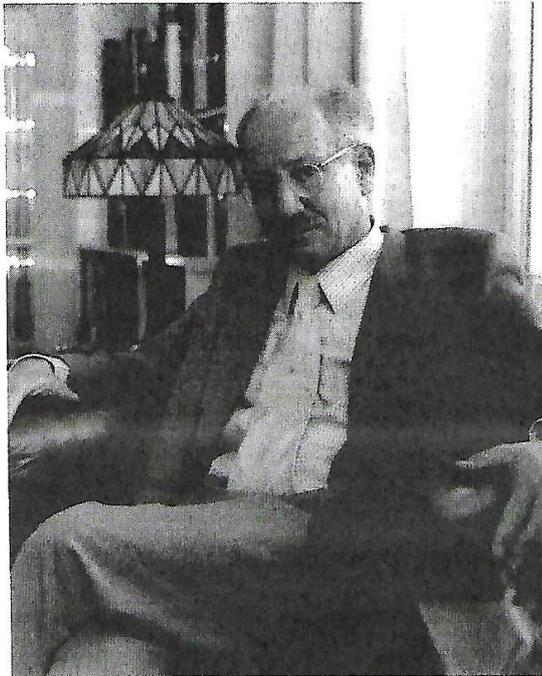
### Gibt es jetzt Ihrer Meinung nach den Pflegenotstand?

Die Regierenden, auch in den Ländern, sagen naturgemäß immer Nein, die Opposition jeweils Ja. Für viele Betroffene gibt es einen funktionierenden Markt. Sicherlich, das Pflegegeldgesetz aus dem Jahr 1993 ist bei weitem nicht erfüllt. Zahlreiche Leistungen wurden, vor allem von den Ländern, nicht erbracht. Unter anderem natürlich auch weil sie zu teuer sind. So verließ man sich auf gut österreichisch augenzwinkernd auf den schwarzen Markt und die Betroffenen haben sich die Pflege teilweise durch jetzt sogenannte „illegale“ Pfleger arrangiert. Alle waren zufrieden, alle hatten Vorteile, alle ersparten sich sehr sehr viel Geld: Bund, Länder, Gemeinden, Familien, Pflegebedürftige.

### Gesetze passen nicht zur funktionierenden Realität

Dann haben die Regierenden, unter Zustimmung aller politischen Kräfte, aus populistischen Gründen die Grenzen dicht gemacht, dadurch werden Pflegerinnen, anders als in Norwegen, England oder Irland, zu „illegalen“. Übrigens bin ich der Ansicht, dass in Zukunft kaum mehr Slowakinnen oder Personen aus anderen angrenzenden Ländern bei uns in der Pflege arbeiten werden. Diese Kräfte werden nach England gehen oder in die Arabischen Emirate, also dorthin, wo Pflege legal und weitaus besser bezahlt ist als bei uns. Pflegerinnen aus weiter entfernten Ländern wie Moldawien, der Ukraine, der Türkei oder auch aus den Balkanländern werden dann „nachrücken“ und diese Positionen einnehmen. So lange dieser „Legalitätsnotstand“, wie Paul Zulehner das nennt, nicht gelöst wird, ist das Thema natürlich kritisch. Schließlich sind die Strafen für illegale Pflege mit bis zu 6.000 Euro sowie Nachzahlungsdrohungen über Hunderttausende Euro auch sehr hoch. Die Amnestie-Vorschläge der Gewerkschaft halten ja auch nur ein Jahr und danach steht man wieder vor demselben Problem. Meiner Meinung nach passen die Gesetze nicht mehr zur funktionierenden Realität. Sicher, manche

lokalen Pflegeeinrichtungen fürchten eine Konkurrenzsituation durch die illegalen Pflegekräfte, die es aber eigentlich nicht gibt. Die Leistungen der ausländischen Pflegekräfte wie etwa eine Rundumbetreuung würden Österreicher nie in dieser Form erbringen - und Österreicher würden sie nicht bezahlen können. Die



*Prof. Bernd Marin: „In Zukunft braucht es komplizierte Arrangements, eine Mischung aus familiär koordinierter Betreuung, medizinischer Pflege, ehrenamtlicher Begleitung, staatlicher Unterstützung und selbständiger Heimhilfe.“*

ausländischen Kräfte hingegen sind sehr interessiert daran, beim Betreuten zu wohnen. Schließlich bedeutet freie Kost und Unterbringung bei dem zu Pflegenden wiederum zusätzliches Einkommen, das dann in die Heimat geschickt werden kann. Ich denke, das wird es auch in Zukunft geben.

**Nun geht die Diskussion teilweise in die Richtung, dem Staat mehr Verantwortung für die Pflege anzulasten. Wie stehen Sie zu dieser Möglichkeit?**

Ich habe mir das einmal ausgerechnet. Für das Geld, das für die illegale Betreuung eines Pflegefalls auf „illegalem“ Weg

rund um die Uhr kostet, erhält man in Graz und Wien offiziell eine Betreuung für maximal anderthalb Stunden täglich. Je nach Verträgen und wie genau alle gesetzlichen Regelungen wie zum Beispiel die Nachtarbeitszeit eingehalten werden, kostet eine Rundumpflege in Österreich zwischen 7.000 bis 12.000 Euro - Monat für Monat. Verstaatlichung ist natürlich immer möglich, doch das kostet viele Milliarden Euro zusätzlich. In Bundesländern wie Vorarlberg, wo man versuchsweise einen Weg ging wie etwa in Belgien, wo es einen sogenannten Pflegescheck gibt, bezahlen Sie 89 bis 108 Euro pro Tag, zwischen 2.700 und 3.100 Euro im Monat. Das bedeutet immer noch gut das Doppelte dessen, was hier in Österreich an die so genannten illegalen Pfleger bezahlt wird. Das funktioniert aber nur bei massivem Zuschuss vom AMS, also staatlicher Subventionierung. Kurz gesagt: Dieser Weg ist kaum gangbar, weil ihn sich entweder die Betreuten oder der Staat oder gar beide nicht leisten können.

**Das würde bedeuten, der Familie kommt noch mehr Bedeutung in der Pflege zu.**

Nein, nur wenn informelle Pflege zerstört wird. Insgesamt wird dieser Bereich in Zukunft sicherlich noch schwieriger werden. Es ist bei der Pflege ja so, dass in erster Linie Frauen Frauen pflegen. Das Verhältnis weiblicher und männlicher Pflegefälle ist vier zu eins. Und die Pflegerinnen sind ebenfalls meist Frauen. Die jungen Frauen werden aber in Zukunft nicht mehr so leicht ihren Beruf aufgeben, um Angehörige zu pflegen. Das einzige, was vielleicht funktionieren kann, ist meiner Meinung nach eine Kombination von Pflege durch die Familie, Ehrenamtliche, preisgünstige soziale Dienste und Staat. Beispielsweise durch einen gestützten Arbeitsmarkt und legalisierte ausländische Arbeitskräfte auch aus Drittstaaten können wir die Pflege erhalten, etwa durch mehr Freiheiten für ausländische Selbständige, bei uns anzubieten. Das könnte funktionieren. Hier wird viel geheuchelt, wenn man sieht, welche andere Professionen offensichtlich ohne Beschränkung bei

## MAGAZIN

uns anbieten können. Wenn Sie in einem Flugzeug nach Genf sitzen, dann besteht oft die halbe Belegung aus ukrainischen „Tänzerinnen“, vermutlich Prostituierten. Ich würde sagen, wir bräuchten mehr Pflegekräfte als Sexarbeiterinnen, mehr Krankenschwestern als Zuhälter und Schlepper. Der Staat muss eingreifen und hier eine Lösung finden. Es ist vielleicht nicht erstaunlich aber eigentlich skandalös, dass die Kunden von Huren bei uns anstandslos bedient werden, während die Bedürfnisse pflegebedürftiger alter Menschen und ihrer Familien ignoriert



*Jung und Alt - diese Konstellation wird immer seltener. Um die Pflege älterer Menschen zu garantieren, müssen neue Wege beschritten werden.*

oder bedroht werden.

### **Komplizierte Arrangements sind die Zukunft**

**Können im derzeitigen System der Pflege Ihrer Meinung nach eigentlich auch Einsparungen gemacht werden?**

Die Pflege ist ein sehr personalintensiver Bereich, wo kaum Einsparungen möglich sind. Allerdings gibt es schon zwei Bereiche, wo meiner Meinung nach viel Geld verbrannt wird. Zum einen sind das die Krankenhäuser. Bekanntlich sind das ganz gefährliche Orte, eine von 200 Personen kommt nicht mehr lebend heraus. Es sind Horte der Ansteckung, wo sogar ein

gesunder Mensch krank werden kann. Viele Leute, die eigentlich keiner Pflege bedürfen, sind aus sozialen Gründen in Spitälern. Hier müssten andere Lösungen her. Genauso sehe ich viele Altenheime. Erwiesenermaßen leben zahlreiche Menschen todunglücklich in Heimen, während sie für sehr viel weniger Geld daheim gepflegt werden könnten. Hier werden Unmengen Geld verbrannt, zudem ist oft eine Entwürdigung und Entmenschlichung damit verbunden. Hier ließen sich viele Betten streichen und die rein medizinische Versorgung auf Hauskrankenpflege umstellen.

**Glauben Sie denn an die Möglichkeit,**

niedrigschwelliger Rundum-Betreuung wird der künftige Weg sein. Übrigens gibt es in Europa ein starkes Nord-Süd-Gefälle, in den nordischen Ländern wurde bisherviel über den Staat und Altenheime geregelt. Doch diese Länder gehen alle wieder vom System der Altenbetreuung in Heimen weg. Einerseits ist es zu teuer, andererseits wird auch das Angebot oft nicht mehr angenommen.

**Was halten Sie von einer gesetzlich vorgeschriebenen Pflegeversicherung?**

Diese Möglichkeit hat sich eigentlich schon als „non-starter“ herausgestellt, da sie zu teuer kommt und die Lohnnebenkosten nach oben treibt. Und die Angebote der privaten Pflegeversicherungen müssen als Teil eines Gesamtvorsorge-Mixes angesehen werden. Sicherlich werden in Zukunft die privaten Sparleistungen noch wichtiger werden. Die öffentliche Hand kann sicher nicht alles bezahlen. Rund 90 Prozent der Betreuung sind Arbeiten wie Einkaufen, Kochen, Waschen, Vorlesen, Zuhören etc. Dies kann nicht alles vergesellschaftet werden.

**Kann das freiwillige soziale Jahr für alle eine Lösung für die Pflege der Zukunft sein?**

Ich denke, tendenziell muss der Pool der unbezahlten Arbeit in der Pflege vergrößert werden. Sicherlich ist Sozialarbeit sinnvoller als Zeit auf dem Exerzierplatz. Zudem, glaube ich, würde ein soziales Jahr das Solidaritätsgefühl der Menschen stärken, auf beiden Seiten, den Betreuten und den Betreuenden. Auch könnte das Ehrenamt in Österreich mehr forciert werden. Hier sind uns viele Länder weit voraus, speziell die Angelsachsen. Dort verlassen sich die Leute nicht allein auf den Staat, freiwilliges Engagement ist angesagt. Am wichtigsten finde ich, dass der Staat Freiräume und soziale Unterstützung schafft, um den Menschen Mitmenschlichkeit zu erleichtern bei der Pflege ebenso wie bei der Sterbegleitung. Sicherlich möchte keiner von uns von einem dazu gezwungenen arbeitslosen Feinmechaniker oder Buchhalter gepflegt werden. Und in den letzten Tagen wohl eher Familienangehörige und Freunde um sich haben und die Hilfe engagierter Betreuer, die kein Diplom brauchen, aber menschliche Qualitäten. Hier hat man schon mit der Familienhospizkarenz erste aber noch unzureichende Grundlagen geschaffen. Erweiterte Modelle sollten für den gesamten Pflegebereich aufgestellt werden.

gst ■